



Detailansicht des Registereintrags

Institute for Strategic Dialogue gGmbH

Stand vom 05.12.2024 16:46:26 bis 02.07.2025 11:33:23

Gesellschaft mit beschränkter Haftung (GmbH)

Registernummer:	R003506
Ersteintrag:	16.03.2022
Letzte Änderung:	05.12.2024
Letzte Jahresaktualisierung:	26.06.2024
Tätigkeitskategorie:	Plattform, Netzwerk, Interessengemeinschaft, Denkfabrik, Initiative, Aktionsbündnis o. ä.
Kontaktdaten:	Adresse: Postfach 80647 10006 Berlin Deutschland Telefonnummer: +493021783307 E-Mail-Adressen: verwaltung@isdglobal.org Webseiten: isdgermany.org

Hauptfinanzierungsquellen (in absteigender Reihenfolge):

Geschäftsjahr: 01/23 bis 12/23

Öffentliche Zuwendungen, Schenkungen und sonstige lebzeitige Zuwendungen

Jährliche finanzielle Aufwendungen im Bereich der Interessenvertretung:

Geschäftsjahr: 01/23 bis 12/23

80.001 bis 90.000 Euro

Vollzeitäquivalent der im Bereich der Interessenvertretung beschäftigten Personen:

Geschäftsjahr: 01/23 bis 12/23

2,50

Vertretungsberechtigte Person(en):

1. **Sarah Kennedy**
Funktion: Managing Director

Betraute Personen, die Interessenvertretung unmittelbar ausüben (8):

1. **Mauritius Dorn**
2. **Sina Laubenstein Medina**
3. **Nathalie Rücker**
4. **Solveig Barth**
5. **Cornelius Adebahr**
6. **Hanna Börgmann**
7. **Richard Kuchta**
8. **Anna Katzy-Reinshagen**

Mitgliedschaften (2):

1. European Policy Centre (EPC)
2. Team Europe Democracy (TED)

Beschreibung der Tätigkeit sowie Benennung der Interessen- und Vorhabenbereiche

Interessen- und Vorhabenbereiche (20):

Auswärtige Kultur- und Bildungspolitik; Menschenrechte; Sonstiges im Bereich "Bildung und Erziehung"; Wahlrecht; EU-Gesetzgebung; Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik der EU; Polizeiliche und justizielle Zusammenarbeit in der EU; Extremismusbekämpfung; Terrorismusbekämpfung; Datenschutz und Informationssicherheit; Internetpolitik; Massenmedien; Meinungs- und Pressefreiheit; Werbung; Politisches Leben, Parteien; Strafrecht; Zivilrecht; Verbraucherschutz; Wettbewerbsrecht; Wissenschaft, Forschung und Technologie

Die Interessenvertretung wird ausschließlich in eigenem Interesse selbst wahrgenommen.

Beschreibung der Tätigkeit:

Zweck der Gesellschaft ist die Förderung von Wissenschaft und Forschung; die Förderung der Volksbildung; und die Förderung der internationalen Gesinnung, der Toleranz auf allen Gebieten der Kultur und des Völkerverständigungsgedankens. Diese Zwecke werden insbesondere wie folgt verwirklicht: Der Zweck, Wissenschaft und Forschung zu fördern, wird insbesondere durch folgende Maßnahmen verwirklicht: Erforschung und eingehende Analyse von Zielgruppen, Netzwerken, Trends und Inhalten bezogen auf Extremismus; und Entwicklung, Erprobung und Skalierung von effektiven Lösungen zur Bekämpfung des Extremismus sowie der ihm innewohnenden Eigenschaften von Hass, Spaltung und Konflikt; Der Zweck, die Volksbildung zu fördern, wird insbesondere durch folgende Maßnahmen verwirklicht: Durchführung innovativer

globaler Bildungsprogramme, die die Resilienz gegen Hassreden, Fehlinformationen und Extremismus erhöhen; Durchführung von Maßnahmen wie Seminaren, Vorträgen, Konferenzen, Bildungsprojekten und anderen Initiativen zur Förderung der Volksbildung in Form Deutschland und weltweit in den Bereichen Staat, Wirtschaft, Politik, Recht, Verwaltung und Sozialwissenschaften sowie der Bedeutung von Menschenrechten und Gleichberechtigung; Beauftragung oder Durchführung von Forschung und Veröffentlichungen sowie Verbreitung oder Beauftragung der Veröffentlichung solcher Forschungsergebnisse oder anderer Informationen (sowie die Abgabe von Erklärungen hierzu) in jeglicher Form, einschließlich Bücher, Broschüren, Berichten, Zeitschriften, Filmen, Videobändern und Programmen, sei es in Papier-, Bild-, elektronischer oder in einer sonstigen Form, die für die Förderung der in § 2 Abs. 1 genannten Objekte als wünschenswert erscheint; Einflussnahme auf die öffentliche Meinung durch Diskussion und Bildung und im Wege der vorgenannten Maßnahmen; Der Zweck, die internationale Gesinnung, die Toleranz auf allen Gebieten der Kultur und den Völkerverständigungsgedanken zu fördern, wird insbesondere durch folgende Maßnahmen verwirklicht: direkte unentgeltliche Beratung von Regierungen, Städten, Mandatsträgern, multilateralen und internationalen Organisationen sowie des Privatsektors in Bezug auf den Einsatz bestimmter Mittel und Wege zu einer sichereren und kohärenteren globalen Gesellschaft und Kultur; Schulung solcher Vertreter, Meinungsmacher, politischer Entscheidungsträger und Praktiker in Fragen, die eine bürgerliche Kultur der Freiheit, FormOffenheit und der Achtung der Rechte anderer betreffen; und Anwendung von Daten, Technologien und Marketingtaktiken, um eine angemessene Reaktion auf extremistische Propaganda und Nachrichtenübermittlung zu ermöglichen. Die vorstehende Aufzählung der einzelnen Maßnahmen ist nur beispielhaft. Die anhaltende grenzüberschreitende sowie inländische Bedrohung durch Polarisierung und Extremismus wird bestimmen, ob die Auflistung einzelner Maßnahmen unter Einhaltung des Satzungszwecks erweitert oder eingeschränkt wird. Die Gesellschaft kann darüber hinaus alle mit ihrer Stellung als gemeinnützige Körperschaft zu vereinbarenden Maßnahmen ergreifen, die ihre Zwecke fördern.

Darüber hinaus verwirklicht die Gesellschaft die unter § 2 (1) genannten Zwecke i.S.v. § 58 Nr. 1 AO durch Beschaffung von tatsächlichen und finanziellen Mitteln und durch Weiterleitung dieser Mittel an steuerbegünstigte Körperschaften. Insoweit fungiert die Gesellschaft als Fördergesellschaft im Sinne einer Mittelbeschaffungskörperschaft. Die Beschaffung von Mitteln für eine unbeschränkt steuerpflichtige Körperschaft des privaten Rechts setzt voraus, dass diese selbst steuerbegünstigt ist und die Mittel unmittelbar und ausschließlich für die in § 2 Abs. 1 des Vertrages genannten Zwecke verwendet. Soweit die Gesellschaft ihre Aufgaben nicht selbst wahrnimmt, wird sie sich zur Erfüllung ihrer Aufgaben Hilfspersonen im Sinne des § 57 Abs. 1 Satz 2 AO bedienen. Die Gesellschaft darf Tochtergesellschaften und Zweigniederlassungen errichten.

Konkrete Regelungsvorhaben (4)

1. Nationale Sicherheitsstrategie (NSS)

Beschreibung:

Die Nationale Sicherheitsstrategie legt Deutschlands Rolle in Zeiten globaler Machtverschiebungen und systemischer Rivalität dar und gibt Antworten auf die Bedrohungen von außen auf unsere Demokratie und unsere freiheitliche Grundordnung.

Bundestags-Drucksachennummer:

BT-Drs. 20/7220 (Vorgang) [alle RV hierzu]

Nationale Sicherheitsstrategie

Zuständiges Ministerium: AA [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Extremismusbekämpfung [alle RV hierzu]; Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik der EU [alle RV hierzu]; Internetpolitik [alle RV hierzu]; Meinungs- und Pressefreiheit [alle RV hierzu]; Sonstiges im Bereich "Bildung und Erziehung" [alle RV hierzu]

2. Digitale-Dienste-Gesetz (DDG)

Beschreibung:

Das Digitale-Dienste-Gesetz schafft die Voraussetzungen, damit auch deutsche Behörden den DSA bei den Unternehmen durchsetzen können, die der deutschen Aufsicht unterliegen. Diese Aufgabe übernimmt eine unabhängige Koordinierungsstelle für digitale Dienste innerhalb der Bundesnetzagentur.

Bundestags-Drucksachennummer:

BT-Drs. 20/10031 (Vorgang) [alle RV hierzu]

Entwurf eines Gesetzes zur Durchführung der Verordnung (EU) 2022/2065 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 19. Oktober 2022 über einen Binnenmarkt für digitale Dienste und zur Änderung der Richtlinie 2000/31/EG sowie zur Durchführung der Verordnung (EU) 2019/1150 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 20. Juni 2019 zur Förderung von Fairness und Transparenz für gewerbliche Nutzer von Online-Vermittlungsdiensten und zur Änderung weiterer Gesetze

Zuständiges Ministerium: BMDV (20. WP) [alle RV hierzu]

Betroffenes geltendes Recht:

NetzDG [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

EU-Gesetzgebung [alle RV hierzu]; Internetpolitik [alle RV hierzu]; Polizeiliche und justizielle Zusammenarbeit in der EU [alle RV hierzu]; Strafrecht [alle RV hierzu]; Verbraucherschutz [alle RV hierzu]

3. Gesetz zur nationalen Umsetzung der EU-Verordnung über die Transparenz und das Targeting politischer Werbung

Beschreibung:

Am 9. April 2024 ist die „EU-Verordnung zu Transparenz und Targeting bei politischer Werbung“, Verordnung (EU) 2024/900 („TTPW-VO“) in Kraft getreten. Das BMDV erarbeitet einen Referentenentwurf zur Umsetzung der Verordnung auf nationaler Ebene.

Interessenbereiche:

EU-Gesetzgebung [\[alle RV hierzu\]](#); Internetpolitik [\[alle RV hierzu\]](#); Massenmedien [\[alle RV hierzu\]](#); Verbraucherschutz [\[alle RV hierzu\]](#); Werbung [\[alle RV hierzu\]](#)

4. **Demokratieförderungsgesetz (DFördG)**

Beschreibung:

Mit dem Gesetz zur Stärkung von Maßnahmen zur Demokratieförderung, Vielfaltgestaltung, Extremismusprävention und politischen Bildung (Demokratieförderungsgesetz) wird eine Vorgabe aus dem Koalitionsvertrag umgesetzt. Darin ist vorgesehen, zur verbindlichen und langfristig angelegten Stärkung der Zivilgesellschaft nach breiter Beteiligung bis 2023 ein Demokratieförderungsgesetz einzubringen.

Bundestags-Drucksachennummer:

BT-Drs. 20/5823 (Vorgang) [\[alle RV hierzu\]](#)

Entwurf eines Gesetzes zur Stärkung von Maßnahmen zur Demokratieförderung, Vielfaltgestaltung, Extremismusprävention und politischen Bildung (Demokratieförderungsgesetz - DFördG)

1. Zuständiges Ministerium: BMI (20. WP) [\[alle RV hierzu\]](#)

2. Zuständiges Ministerium: BMFSFJ (20. WP) [\[alle RV hierzu\]](#)

Interessenbereiche:

Extremismusbekämpfung [\[alle RV hierzu\]](#); Sonstiges im Bereich "Bildung und Erziehung" [\[alle RV hierzu\]](#)

Angaben zu Aufträgen (0)

Die Interessenvertretung wird nicht im Auftrag ausgeübt.

Zuwendungen oder Zuschüsse der öffentlichen Hand

Geschäftsjahr: 01/23 bis 12/23

Zuwendungen oder Zuschüsse über 10.000 Euro (5):

1. Auswärtiges Amt (AA)

Deutsche Öffentliche Hand – Bund
Berlin

Betrag: 360.001 bis 370.000 Euro

Das erste vom Auswärtigen Amt (AA) geförderte Projekt (DPL) bringt Verantwortliche aus Regierungen von derzeit 13 liberal-demokratischen Ländern und der Europäischen Kommission in einem strukturierten Dialog zusammen, um sich bei der Bekämpfung von Desinformation, digitaler Gewalt, Extremismus und Terrorismus im Internet besser abzustimmen.

Das zweite vom Auswärtigen Amt (AA) geförderte Projekt (MEDIWEB) analysiert und

identifiziert kremlfreundliche Des- und Fehlinformationen, die auf den westlichen Balkan abzielen. Ziel des Projekts ist es, das Verständnis der politischen Entscheidungsträger und der Zivilgesellschaft für kremlfreundliche Einflussnahme und Desinformationskampagnen auf dem westlichen Balkan zu verbessern.

2. Bundesministerium der Justiz (BMJ)

Deutsche Öffentliche Hand – Bund

Berlin

Betrag: 290.001 bis 300.000 Euro

Das vom Bundesministerium der Justiz (BMJ) geförderte Projekt führt eine umfangreiche Erforschung von Rechtsextremismus und Rassismus auf sog. alternativen Plattformen durch. Zu diesem Zweck untersucht das Projekt plattformübergreifend Nutzungsweisen, Netzwerke, Zielgruppen und Subkulturen der dort vertretenen rechtsextremen Online-Subkulturen.

3. Bundeszentrale für politische Bildung (bpb)

Deutsche Öffentliche Hand – Bund

Bonn

Betrag: 160.001 bis 170.000 Euro

Das von der Bundeszentrale für politische Bildung (bpb) geförderte Projekt produziert eine vierteilige Videoreihe, die russischen Narrativen im Zusammenhang mit dem Krieg in der Ukraine auf den Grund geht, diese analysiert und einordnet.

4. Europäische Union

Europäische Union

Brüssel

Betrag: 1.630.001 bis 1.640.000 Euro

Das von der europäischen Union geförderte Projekt STRIVE soll Städte und andere lokale Behörden im östlichen und südlichen Afrika sowie im Nahen Osten und in Nordafrika (MENA) dabei unterstützen, ihr Potenzial als Vorreiter bei der Prävention und Bekämpfung von gewalttätigem Extremismus, Hass und Polarisierung zu nutzen

5. Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF)

Deutsche Öffentliche Hand – Bund

Berlin

Betrag: 120.001 bis 130.000 Euro

Das vom Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) geförderte Kooperationsprojekt erforscht, welche Rolle Prominente in der politischen Kommunikation und beim Verbreiten von Desinformation in sozialen Medien spielen

Schenkungen und sonstige lebzeitige Zuwendungen

Geschäftsjahr: 01/23 bis 12/23

Gesamtsumme:

1.130.001 bis 1.140.000 Euro

Beträge über 10.000 Euro und mehr als 10% der Gesamtsumme (8):

1. Institute for Strategic Dialogue

Betrag: 290.001 bis 300.000 Euro

Spende zur Weiterentwicklung der Organisation.

2. Gemeinnützige Hertie-Stiftung (ghst)

Betrag: 220.001 bis 230.000 Euro

Das Gemeinschaftsprojekt mit der Gemeinnützigen Hertie-Stiftung und der Robert Bosch Stiftung ist ein Angebot für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, in Schulungen mehr über die Ausbreitung von Hassrede, gezielter Desinformation und Verschwörungserzählungen zu erfahren und etwas dagegen zu tun

3. Robert Bosch Stiftung

Betrag: 160.001 bis 170.000 Euro

Das Gemeinschaftsprojekt mit der Gemeinnützigen Hertie-Stiftung und der Robert Bosch Stiftung ist ein Angebot für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, in Schulungen mehr über die Ausbreitung von Hassrede, gezielter Desinformation und Verschwörungserzählungen zu erfahren und etwas dagegen zu tun

4. Bill & Melinda Gates Foundation (BMGF)

Betrag: 100.001 bis 110.000 Euro

Das von der Bill & Melinda Gates Foundation (BMGF) geförderte Pilotprojekt trägt zur Stärkung von Resilienz und Reaktionsfähigkeiten bei Politik, Wissenschaft und Zivilgesellschaft gegen hybrider Demokratiegefahren mit Fokus auf Desinformation in Deutschland bei

5. Tides Foundation

Betrag: 240.001 bis 250.000 Euro

Das von der Tides Stiftung geförderte Projekt zielt darauf ab, eine gesamteuropäische Koalition zur Bekämpfung von Online-Antisemitismus (CCOA) aufzubauen. Diese Koalition wird eine breite Palette von Akteuren, die im Bereich Antisemitismus tätig sind, zusammenbringen, z.B. zivilgesellschaftliche Organisationen, Städte, Unternehmen, Praktiker und Bürgerinitiativen, um eine neue Reihe von Partnerschaften zur großflächigen Bekämpfung von Online-Antisemitismus zu schaffen.

6. European Media And Information Fund

Betrag: 10.001 bis 20.000 Euro

Durch eine Zusammenarbeit der Alliance for Securing Democracy (ASD) bei der Transatlantic Foundation (TF), dem Institute for Strategic Dialogue Germany (ISD) und der Universität Amsterdam (UvA) wird das geförderte Projekt ein analytisches Werkzeug entwickeln, das drei Kernziele verfolgt: Die Automatisierung des ersten Prozesses zur Identifizierung potenzieller Desinformationsverstärker; Die Verbesserung der Fähigkeit von Forschern, die Verteilungsnetzwerke zu identifizieren und abzubilden, durch die böswillige Akteure Desinformation verbreiten; Den Forschern ein Verständnis der finanziellen Mechanismen zu vermitteln, die die Verbreitung von Desinformation im Internet ermöglichen—einschließlich der Unterscheidung zwischen böswilligen Informationsoperationen und rein gewinnorientierten Bestrebungen.

7. Alfred Landecker Foundation

Betrag: 10.001 bis 20.000 Euro

Spende der Alfred Landecker Foundation

8. Alfred Landecker Foundation

Betrag: 70.001 bis 80.000 Euro

Das von der Alfred Landecker Foundation geförderte Projekt Digital Policy Lab ist eine zwischenstaatliche Arbeitsgruppe, die sich darauf konzentriert, den regulatorischen und politischen Weg zur Verhinderung und Bekämpfung von Online-Schäden wie Hassrede, Extremismus und Terrorismus sowie Desinformation und Fehlinformation im Internet zu ebnen.

Mitgliedsbeiträge

Geschäftsjahr: 01/23 bis 12/23

Gesamtsumme:

0 Euro

Jahresabschluss/Rechenschaftsbericht

Geschäftsjahr: 01/22 bis 12/22

[2022-Annual-Return.pdf](#)